

WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2010 — 2792

[C — 2010/00464]

22 APRIL 1999. — Wet betreffende de boekhoudkundige en fiscale beroepen. — Duitse vertaling van wijzigingsbepalingen

De respectievelijk in bijlagen 1 en 2 gevoegde teksten zijn de Duitse vertaling :

- van de artikelen 1 tot 14 van het koninklijk besluit van 19 november 2009 tot wijziging wat de erkenning van sommige beroepskwalificaties betreft, van de wet van 22 april 1999 betreffende de boekhoudkundige en fiscale beroepen (*Belgisch Staatsblad* van 7 december 2009);

- van de wet van 18 januari 2010 betreffende de uitoefening van een vrij en gereguleerd cijferberoep door een rechtspersoon, tot wijziging inzonderheid van de wet van 22 april 1999 betreffende de boekhoudkundige en fiscale beroepen (*Belgisch Staatsblad* van 17 maart 2010).

Deze vertalingen zijn opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2010 — 2792

[C — 2010/00464]

22 AVRIL 1999. — Loi relative aux professions comptables et fiscales
Traduction allemande de dispositions modificatives

Les textes figurant respectivement aux annexes 1 et 2 constituent la traduction en langue allemande :

- des articles 1 à 14 de l'arrêté royal du 19 novembre 2009 modifiant, en ce qui concerne la reconnaissance de certaines qualifications professionnelles, la loi du 22 avril 1999 relative aux professions comptables et fiscales (*Moniteur belge* du 7 décembre 2009);

- de la loi du 18 janvier 2010 relative à l'exercice d'une profession libérale et réglementée du chiffre par une personne morale, modifiant notamment la loi du 22 avril 1999 relative aux professions comptables et fiscales (*Moniteur belge* du 17 mars 2010).

Ces traductions ont été établies par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2010 — 2792

[C — 2010/00464]

22. APRIL 1999 — Gesetz über die Berufe im Buchführungs- und Steuerwesen
Deutsche Übersetzung von Abänderungsbestimmungen

Die in den Anlagen 1 und 2 aufgenommenen Texte sind die deutsche Übersetzung:

- der Artikel 1 bis 14 des Königlichen Erlasses vom 19. November 2009 zur Abänderung hinsichtlich der Anerkennung bestimmter Berufsqualifikationen des Gesetzes vom 22. April 1999 über die Berufe im Buchführungs- und Steuerwesen,

- des Gesetzes vom 18. Januar 2010 über die Ausübung eines freien und reglementierten Berufes im Rechnungswesen durch eine juristische Person, das insbesondere das Gesetz vom 22. April 1999 über die Berufe im Buchführungs- und Steuerwesen abändert.

Diese Übersetzungen sind von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

Anlage 1

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST WIRTSCHAFT, KMB, MITTELSTAND UND ENERGIE

19. NOVEMBER 2009 — Königlicher Erlass zur Abänderung hinsichtlich der Anerkennung bestimmter Berufsqualifikationen des Gesetzes vom 22. April 1999 über die Berufe im Buchführungs- und Steuerwesen

(...)

Artikel 1 - Die Überschrift von Titel I des Gesetzes vom 22. April 1999 über die Berufe im Buchführungs- und Steuerwesen wird wie folgt ersetzt:

«TITEL I — *Allgemeine Bestimmungen*».

Art. 2 - In Titel I desselben Gesetzes wird ein Artikel 1/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Art. 1/1 - Im vorliegenden Gesetz versteht man unter «beigetretene Staat» die Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und die Länder außerhalb des EWR, sobald die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen auf diese Länder Anwendung findet.»

Art. 3 - Artikel 3 desselben Gesetzes wird wie folgt ersetzt:

«Art. 3 - Das Institut ist beauftragt, für die Ausbildung und die ständige Organisation eines Korps von Spezialisten zu sorgen, die das Amt eines Buchprüfers und das Amt eines Steuerberaters ausüben können - deren Organisation das Institut kontrollieren und anpassen kann - und die alle erforderlichen Garantien in Bezug auf Sachkunde, Unabhängigkeit und berufliche Rechtschaffenheit bieten.

Das Institut wacht ebenfalls über die ordnungsgemäße Ausführung der Aufträge, die seinen Mitgliedern und den Personen, die seiner Aufsicht und Disziplinalgewalt unterliegen, anvertraut werden.

Es wacht ebenfalls darüber, dass die in Artikel 37*bis* erwähnten Personen die Modalitäten und Bedingungen für die zeitweilige und gelegentliche Ausübung der Tätigkeit des Buchprüfers in Belgien einhalten.

Das Institut ist ermächtigt, Auskünfte, die für die Ausführung dieses Auftrags erforderlich sind, bei den zuständigen Behörden anderer beigetretener Staaten zu beantragen und von ihnen zu erhalten. Diese Auskünfte werden unter Einhaltung der Bestimmungen des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten und der Ausführungserlasse zu diesem Gesetz verarbeitet und aufbewahrt.

Anlage 2

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST WIRTSCHAFT, KMB, MITTELSTAND UND ENERGIE

18. JANUAR 2010 — Gesetz über die Ausübung eines freien und reglementierten Berufes im Rechnungswesen durch eine juristische Person

ALBERT II., König der Belgier,
Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *Vorhergehende Bestimmungen*

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 78 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

KAPITEL 2 — *Abänderung des Gesetzes vom 22. April 1999 über die Berufe im Buchführungs- und Steuerwesen*

Art. 2 - In das Gesetz vom 22. April 1999 über die Berufe im Buchführungs- und Steuerwesen wird ein Artikel 22*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Art. 22*bis* - Die einer Gesellschaft zuerkannte Eigenschaft des Buchprüfers und/oder Steuerberaters wird vom Institut entzogen, wenn die Bedingungen für die Zuerkennung dieser Eigenschaft, wie sie in Ausführung von Artikel 20 Nr. 1 und 3 und Artikel 21 vom König festgelegt werden, nicht mehr erfüllt sind.

Es wird vorausgesetzt, dass die Gesellschaft den in Absatz 1 erwähnten Bedingungen für die Zuerkennung der Eigenschaft des Buchprüfers und/oder Steuerberaters nicht mehr genügt, wenn nach Ablauf einer Frist von einem Monat nach Zusendung eines Einschreibebriefes des Rates, in dem sie über die Bedingung oder die Bedingungen, die nicht mehr erfüllt sind, und über die Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um ihnen erneut zu genügen, informiert wird, der durch den Rat festgestellte Verstoß weiterhin besteht.

Der Entzug der Eigenschaft des Buchprüfers und/oder Steuerberaters hat von Rechts wegen die Streichung aus dem Mitgliederverzeichnis des Instituts zur Folge.

Eine neue Zuerkennung der Eigenschaft ist erst möglich, nachdem die in Artikel 20 Nr. 1 oder 3 oder Artikel 21 erwähnten Bedingungen erneut erfüllt sind.»

Art. 3 - Artikel 32 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt abgeändert:

«Jedes Mal, wenn einer in Artikel 4 Nr. 2 erwähnten Gesellschaft ein in Artikel 34 Nr. 2 oder 6 erwähnter Auftrag erteilt wird, ist sie verpflichtet, unter ihren Gesellschaftern, Geschäftsführern oder Verwaltern eine in Artikel 4 Nr. 1 erwähnte natürliche Person zu bestimmen, die sie vertritt und mit der Ausführung des Auftrags im Namen und für Rechnung der Gesellschaft beauftragt ist. Dieser Vertreter unterliegt den Bedingungen und der disziplinarrechtlichen Verantwortlichkeit, denen er auch unterliegen würde, wenn er den Auftrag in eigenem Namen und für eigene Rechnung ausführen würde. Die betreffende Gesellschaft kann ihren Vertreter nur entlassen, wenn sie gleichzeitig seinen Nachfolger bestimmt.»

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 4 - Artikel 33 desselben Gesetzes wird wie folgt ersetzt:

«Art. 33 - Externe Buchprüfer und externe Steuerberater haften gemäß dem allgemeinen Recht für die Ausführung ihrer beruflichen Aufträge.

Es ist ihnen in folgenden Fällen verboten, sich dieser Haftung, selbst teilweise, durch eine Sondervereinbarung zu entziehen:

1. bei der Ausführung eines Auftrags durch einen externen Buchprüfer, dessen Ausführung durch oder aufgrund des Gesetzes dem Kommissar oder in Ermangelung eines Kommissars einem Betriebsrevisor oder Buchprüfer vorbehalten ist gemäß Artikel 17 Absatz 4 des Gesetzes zur Gründung eines Instituts der Betriebsrevisoren und zur Organisation der öffentlichen Aufsicht über den Beruf des Betriebsrevisors, koordiniert am 30. April 2007,

2. im Falle eines Fehlers, der in betrügerischer Absicht oder mit der Absicht zu schaden begangen wird.

Sie sind verpflichtet, ihre Berufshaftpflicht durch einen Versicherungsvertrag decken zu lassen, der vom Rat des Instituts gebilligt wird.»

Art. 5 - Artikel 50 § 1 Nr. 1 desselben Gesetzes wird wie folgt ersetzt:

«1. gemäß dem allgemeinen Recht für die Ausführung von beruflichen Aufträgen, die er erfüllt, haften und seine Berufshaftpflicht durch einen Versicherungsvertrag decken lassen, der vom Nationalrat des Berufsinstituts gebilligt wird.

Es ist ihm im Falle eines Fehlers, der in betrügerischer Absicht oder mit der Absicht zu schaden begangen wird, verboten, sich dieser Haftung, selbst teilweise, durch eine Sondervereinbarung zu entziehen.

Jedes Mal, wenn einer vom Institut zugelassenen juristischen Person ein in Artikel 49 erwähnter Auftrag erteilt wird, ist sie verpflichtet, unter ihren Gesellschaftern, Geschäftsführern oder Verwaltern eine vom Institut zugelassene natürliche Person zu bestimmen, die sie vertritt und mit der Ausführung des Auftrags im Namen und für Rechnung dieser Gesellschaft beauftragt ist. Dieser Vertreter unterliegt den Bedingungen und der disziplinarrechtlichen Verantwortlichkeit, denen er auch unterliegen würde, wenn er den Auftrag in eigenem Namen und für eigene Rechnung ausführen würde.»

KAPITEL 3 — *Abänderung des Gesetzes vom 22. Juli 1953 zur Gründung eines Instituts der Betriebsrevisoren und zur Organisation der öffentlichen Aufsicht über den Beruf des Betriebsrevisors, koordiniert am 30. April 2007*

Art. 6 - In Artikel 16 des Gesetzes vom 22. Juli 1953 zur Gründung eines Instituts der Betriebsrevisoren und zur Organisation der öffentlichen Aufsicht über den Beruf des Betriebsrevisors, koordiniert am 30. April 2007, werden die Absätze 2 und 3 wie folgt ersetzt:

«Dieser Vertreter unterliegt den Bedingungen und der disziplinarrechtlichen Verantwortlichkeit, denen er auch unterliegen würde, wenn er den Auftrag im eigenen Namen und für eigene Rechnung ausführen würde.

Die Revisionsgesellschaft kann ihren Vertreter nur entlassen, wenn sie gleichzeitig seinen Nachfolger bestimmt.»

Art. 7 - In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 17*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Art. 17*bis* - Betriebsrevisoren haften gemäß dem allgemeinen Recht für die Ausführung beruflicher Aufträge, die nicht die ihnen durch oder aufgrund des Gesetzes vorbehaltenen Aufträge sind.

Betriebsrevisoren ist es im Falle eines Fehlers, der in betrügerischer Absicht oder mit der Absicht zu schaden begangen wird, verboten, sich dieser Haftung, selbst teilweise, durch eine Sondervereinbarung zu entziehen.»

KAPITEL 4 — *Abänderung des Gesellschaftsgesetzbuches*

Art. 8 - Artikel 132 des Gesellschaftsgesetzbuches, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 25. April 2007, wird wie folgt ersetzt:

«Art. 132 - Für die Bestimmung und das Ausscheiden aus dem Amt des ständigen Vertreters der Revisionsgesellschaft, der als Kommissar bestellt worden ist, gelten dieselben Offenlegungsregeln wie in dem Fall, wo der Auftrag in eigenem Namen und für eigene Rechnung ausgeführt wird.»

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 18. Januar 2010

ALBERT

Von Königs wegen:

Die Ministerin der KMB und der Selbständigen
Frau S. LARUELLE

Der Minister für Unternehmung und Vereinfachung
V. VAN QUICKENBORNE

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz
S. DE CLERCK

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

N. 2010 — 2793

[C — 2010/03474]

30 JULI 2010. — Koninklijk besluit tot aanpassing van het KB/WIB 92 betreffende de aanduiding van een aansprakelijke vertegenwoordiger in het kader van gecentraliseerde systemen voor het lenen en ontlenen van financiële instrumenten

VERSLAG AAN DE KONING

Sire,

Het besluit dat wij ter ondertekening voorleggen aan Uwe Majesteit heeft als hoofddoel het KB/WIB 92 aan te passen betreffende de aanduiding van een aansprakelijke vertegenwoordiger in het kader van gecentraliseerde systemen voor het lenen en ontlenen van financiële instrumenten.

Op 18 maart 2010 heeft de Europese Commissie een gemotiveerd advies gezonden aan België (ref. : SG-Griffie C(2010) 1460) omwille van de Belgische fiscale maatregelen die vereisen dat niet-inwonende beheerders van gecentraliseerde systemen voor het lenen en ontlenen van financiële instrumenten een fiscale vertegenwoordiger inwoner aanduiden, die in België is gevestigd.

Ondanks de argumenten die werden opgesomd in het antwoord op de oorspronkelijke ingebrekestelling in december 2008, heeft België beslist om zich aan te passen aan het advies van de Europese Commissie.

Derhalve past het om deze verplichting te beperken tot beheerders die niet wonen in een lidstaat van de Europese Economische Ruimte.

Dit is het voorwerp van artikel 2 van dit besluit in ontwerp dat de wijziging invoert in artikel 73⁷ van het KB/WIB 92.

De artikelen 1 en 3 van dit besluit in ontwerp betreffen enkele technische verbeteringen in de afdeling XXVII*quinquies* van Hoofdstuk I, KB/WIB 92.

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

F. 2010 — 2793

[C — 2010/03474]

30 JUILLET 2010. — Arrêté royal adaptant l'AR/CIR 92 quant à la désignation d'un représentant responsable dans le cadre des systèmes centralisés de prêts d'instruments financiers

RAPPORT AU ROI

Sire,

L'arrêté que nous avons l'honneur de soumettre à la signature de Votre Majesté a pour but principal d'adapter l'AR/CIR 92 quant à la désignation d'un représentant responsable dans le cadre des systèmes centralisés de prêts d'instruments financiers.

En date du 18 mars 2010, la Commission européenne a envoyé à la Belgique un avis motivé (réf. SG-Griffie C(2010) 1460) en raison des dispositions fiscales belges requérant des gestionnaires des systèmes centralisés de prêts d'instruments financiers non-résidents qu'ils désignent un représentant fiscal résidant en Belgique.

Malgré les arguments qu'elle avait développés dans sa réponse à la mise en demeure initiale en décembre 2008, la Belgique a décidé de se conformer à l'avis de la Commission européenne.

Ainsi, il convient de limiter cette obligation de désignation aux gestionnaires résidents en dehors d'un Etat membre de l'Espace économique européen.

Tel est l'objet de l'article 2 du présent arrêté en projet qui insère la modification dans l'article 73⁷ de l'AR/CIR 92.

Les articles 1 et 3 du présent arrêté en projet apportent quelques corrections techniques dans la section XXVII*quinquies* du Chapitre I^{er}, AR/CIR 92.